

Innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag zeigt sich entsetzt

Schünemann muss den Innen- und Rechtsausschuss unverzüglich über den Emdener Mordfall unterrichten

Hannover/Emden (wbn). Eine Pannenserie, die kein Ende zu nehmen scheint: Zuerst wird im Fall der in Emden ermordeten elfjährigen Lena ein Jugendlicher zu Unrecht verdächtigt und öffentlichkeitswirksam festgenommen, dann wird der eigentliche 18-jährige Tatverdächtige gefasst und in der Folge der Ermittlungen eine kaum noch denkbare Steigerung polizeilichen Versagens an die Öffentlichkeit gebracht. ■ Der 18-Jährige hatte sich selbst wegen eines Falles von Kinderpornographie angezeigt.

Und zuvor war schon der Stiefvater des jungen Mannes bei der Polizei vorstellig geworden und hatte belastendes kinderpornographisches Material vorgelegt. In beiden Fällen wurden aber erkennungsdienstliche Maßnahmen bei dem Tatverdächtigen unterlassen. Die hätten den Sexualstraftäter zusätzlich auffliegen lassen als einen Tag nach der Selbstanzeige eine Joggerin bei Emden überfallen und sexuell belästigt wurde. Das veranlasst die SPD-Landtagsopposition in Hannover nunmehr eine Reihe unbequemer Fragen an den obersten Dienstherren der Emdener Polizei zu stellen, an Landesinnenminister Uwe Schünemann (CDU).

Fortsetzung von Seite 1

Klaus-Peter Bachmann, innenpolitischer Sprecher der SPD Fraktion im Landtag, äußert sich entsetzt über die Ermittlungspanne im Emdener Mordfall. „So etwas darf beim besten Willen nicht passieren“, so Bachmann am heutigen Tage. „Wir fordern von Innenminister Schünemann die uneingeschränkte Aufklärung sowohl der Ermittlungspanne im konkreten Fall, als auch des Zusammenhangs zur Stellensituation der Polizeidienststellen im Norden des Landes“, erklärt Klaus Peter Bachmann und fordert eine Unterrichtung im nächsten Innen- und Rechtsausschuss.

Geschrieben von: Lorenz

Mittwoch, den 04. April 2012 um 13:48 Uhr

Nach Informationen der SPD fehlen in den betroffenen Dienststellen derzeit mindestens 10 Polizeibeamten, die Stellen seien unbesetzt, heißt es im Niedersächsischen Landtag.